Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 261. **Montag, 8. November 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Politik der Provokationen.

Die tagelange ganz eingehende Vernehmung des verhafteten ehemaligen italienischen Obersten Garibaldi durch die französischen Behörden hat nun unzweideutig den Beweis ergeben, daß er in der Tat als ein agent provocateur von seiner faschistischen Partei nach Frankreich geschickt worden ist, um dort durch Bespitzelung der der italienischen Regierung abhold gesinnten antifaschistischen Elemente entweder Mussolini Anlaß zu einem Eingreifen zu geben, oder durch Verrat der Pläne der antifaschistischen Kreise in Frankreich Rom über das, was sich im Auslande abspielt, auf dem laufenden zu erhalten. Die Last der Beweise, die dem verhafteten Garibaldi vorgelegt wird, ist so groß, daß ihm schließlich nichts anderes übrig bleiben konnte, als zu gestehen. Wenn er auch leugnet, auf Grund eines unmittelbaren Befehls Mussolinis gehandelt zu haben, so läßt doch der Rücktritt des italienischen Innenministers, der im gleichen Augenblick der Verhaftung Garibaldis erfolgte, erkennen, daß die italienische Regierung mit der Rolle Garibaldis vollkommen vertraut war. In Rom versucht man zwar, den Rücktritt des Innenministers lediglich mit dem Attentat auf den Duce in Zusammenhang zu bringen. Daß dieses Vorkommnis die Verabschiedung des Innenministers ebenfalls beeinflußt hat, darf angenommen werden. Da man jedoch gleichfalls weiß, daß der mit einem falschen Paß und unter einem falschen Namen nach Frankreich gereiste Hauptmann La Polle der faschistischen Polizei ein unmittelbarer Untergebener des jetzt zurückgetretenen italienischen Innenministers war, so wird man sich schwer von der Vermutung loslösen können, daß er von der Tätigkeit La Pollas gewußt habe. Gleichfalls dürfte man hinreichend sich überzeugt haben, daß Mussolini keineswegs die Persönlichkeit ist, die sich nicht um Einzeldinge bekümmert, die die Politik des Innenministeriums bedingen. Wenn der italienische Innenminister La Polla über die Grenze mit einem Spezialauftrag sandte, so darf man überzeugt sein, daß er sich nicht ohne Mitwissen Mussolinis zu einer solchen Anordnung bequemte. Die Mitschuld Mussolinis, wenn nicht gar seine Urheberschaft an dem peinlichen Zwischenfall mit Frankreich dürfte durch diese Tatsachen hinreichend erwiesen sein.

Ist man also über die Mitwirkung des italienischen Diktators an der Spitzeltätigkeit Garibaldis überzeugt, so hat man nachzuforschen, welche Motive Mussolini zu einer solch seltsamen, doch immerhin nicht alltäglichen Politik veranlaßt haben. Die Putsche, die Garibaldi sowohl an der spanischen wie an der italienischen Grenze inszenieren wollte, sollten keine Ereignisse sein, über die man bald zur Tagesordnung hätte gehen können. Sie wären, wenn sie sich ausgewirkt hätten, ein Ereignis gewesen, das zu einem der schwersten Konflikte zwischen den Regierungen Frankreichs und Italiens geführt hätte. Zu einem Konflikt, der wohl kaum durch eine diplomatische Auseinandersetzung entwirrt hätte werden können. Was zu dem Schluß führen müßte, daß Mussolini in der Tat den Augenblick für gekommen erachtet, aus seiner Politik der Reden und Gesten in die Politik der Taten hineinzuschreiten. Die Krise zwischen Italien und Frankreich sollte provoziert werden. Diese Erkenntnis ist so furchtbar, daß man an den Geist, der seit Locarno die Völker Europas angeblich beeinflussen soll, schier verzweifeln müßte. Diese Provokationspolitik Mussolinis ist wohl der schlimmste Rückfall in eine veraltete gewissenlose Machtpolitik, den man sich überhaupt denken kann. Ob man annehmen darf, daß durch diese frühzeitige Entdeckung des Komplotes die von Mussolini beabsichtigte Krise verhindert worden ist, erscheint zweifelhaft.

Immerhin hat man festzustellen, daß sich die französische Presse in der Beurteilung der ganzen Sachlage eine Mäßigung auferlegt, die im Gegensatz zu dem Polterton der italienischen Gazetten doppelt wohltuend wirkt. Aber man wird in der Annahme nicht fehl gehen, daß diese Mäßigung der Sprache in Paris nicht unbeabsichtigt ist, daß die französische Regierung den ihrer Politik stets willfährigen Pariser Zeitungen einen Wink gegeben hat, mit ihrer wahren Meinung solange zurückzuhalten, bis die Sachlage ganz geklärt ist. Diese offensichtliche Mäßigung der französischen Presse in der Behandlung der italienischen Frage steht jedoch keinesfalls im Einklang mit der tatsächlichen tiefen Empörung des französischen Volkes über die Provokation, die sich Mussolini in den letzten Tagen geleistet hat. Man darf diese Zurückhaltung in der öffentlichen Meinung Frankreichs getrost als die Ruhe vor dem kommenden Sturm bezeichnen. Angesichts der aufgespeicherten Wut und Leidenschaft in Frankreich muß dieser Sturm kommen. Womit nicht gesagt sein soll, daß sein Ausbruch unmittelbar bevorsteht.

In Paris machen sich recht starke Bestrebungen geltend, die ganze Angelegenheit vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Diese Bestrebungen haben eine Gegenwirkung ausgelöst, die deutlicher als die tiefschürfendsten Beweise es vermögen, erkennen lassen, wie gering in Wirklichkeit die Macht des Genfer Bundes eingeschätzt wird. Denn wenn man behauptet, offen und ohne Scheu, daß die Uebertragung des Mussolini-Konflikts an die Gerichtsbarkeit des Völkerbundes eine Belastung der Genfer Institution wäre, die sie wohl kaum aushalten könnte, so gibt man diesem Völkerbundsbegriff eine Auslegung, der wir von uns aus nichts hinzuzufügen haben.

Die Wahlen in Griechenland.

Athen. (Funkspruch.) Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Wahlen wurden **für die republikanischen Parteien 64 250 Stimmen abgegeben. Für die Royalisten 32 969** und für die **Prorepublikanische Partei des Generals Metaxas 14 130.**

Munitionsfunde an der französisch-italienischen Grenze.

* Paris, 8. November. **Die Nachforschungen an der französisch-italienischen Grenze haben zu einem umfangreichen Waffenfund geführt. In einem Gebüsch verborgen fand man 12 Kisten mit Gewehren und Patronen für Maschinengewehre. Auch in einem Teich in der Nähe von Narbonne förderte man Waffen und Munition zu Tage.**

Der Führer der spanischen Republikaner verhaftet.

* Paris, 7. November. Nach einer Madrider Meldung ist **der Führer der republikanischen Partei Spaniens, Alexander Lerroux, unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an den Putschversuchen der spanischen Separatisten von der Madrider Polizei verhaftet worden.** Wie „Journal" erfährt, sollen in verschiedenen anderen spanischen Ortschaften etwa 60 verdächtige Personen, zumeist Anhänger der republikanischen Partei, unter dem gleichen Verdacht festgenommen worden sein.

Die Nachforschungen der französischen Behörden in Perpignan und Umgebung haben zu neuen überraschenden Ergebnissen geführt, die weitere **ernsthafte Verwicklungen und sensationelle Enthüllungen** erwarten lassen. **Bei der Durchsuchung der zahlreichen Kisten, die die Anhänger Marcias in geheimen Lagern verborgen hielten, hat man eine große Anzahl französischer Uniformstücke gefunden. Man glaubt, daß die Verschwörer nach Ueberschreiten der spanischen Grenze die regulären spanischen Truppen irreführen wollten.** Der Oberst Marcia soll über diese Angelegenheit eingehend verhört werden, da man ihr die allergrößte Bedeutung beimißt. Wahrscheinlich haben Separatisten in der Nähe der Grenze weitere Munitions- und Waffenlager angelegt. Die Nachforschungen gestalten sich aber sehr schwierig, da sich **diese Depots in schwer zugänglichen Waldgebieten der Pyrenäen befinden.** Die französischen Kommissare, die mit allen Mitteln von den Verschwörern über die Lage der Munitionsdepots Aufklärung zu erhalten versuchen, bekommen stets die Antwort, daß sie doch selbst suchen sollten.

Macia wurde gestern abend über seine Beziehungen zu Garibaldi verhört. Ueberraschenderweise gab er die ehrenwörtliche Versicherung ab, daß **dieser von den separatistischen Putschversuchen nicht unterrichtet gewesen sei.** Er habe zwar Garibaldi mehrmals getroffen, erklärte Macia, aber er habe ihm niemals von seinen Plänen erzählt. Garibaldi habe ihn auch keineswegs unterstützt. Am Sonntagvormittag fand die mit Spannung erwartete **Gegenüberstellung des Obersten Garibaldi mit seinem älteren Bruder, dem General Sante Garibaldi,** statt. Als Sante in das Zimmer eintrat, warf sich ihm sein Bruder zu Füßen und küßte ihm die Hand und erklärte, daß er zwar Geld genommen, aber niemals seine Brüder verraten habe. Er hätte niemals aufgehört, der großen Sache zu dienen. Die französischen Beamten machten dieser theatralischen und peinlichen Szene ein Ende und setzten das Verhör fort. Garibaldi erklärte aber wiederholt, sich jetzt an nichts mehr erinnern zu können. Immerhin sind die Kommissare gezwungen, einige weitere dunkle Punkte aufzuklären.

Garibaldi und Scivoli.

Eine italienische Darstellung.

)(Rom, 7. Nov. Die Agentur Stefani verbreitet folgende Mitteilung: Die italienische Polizei hatte von mehreren Seiten aus Frankreich Mitteilungen erhalten, daß ein gewisser Scivoli, der jetzt unter dem Namen Fernand identifiziert ist, **nach Italien kommen würde, um ein Attentat auf das Leben Mussolinis vorzubereiten.** Bei der Ausführung dieses Attentats würde er mit zwei oder drei Komplicen, mit denen er sich in Italien treffen wollte, zusammenarbeiten. Da Scivoli nun von Paris, wo er plötzlich verschwunden war, sich anscheinend nach Nizza begeben hatte, ersuchte die Polizei das italienische Generalkonsulat in Nizza, die notwendigen Ermittlungen anzustellen. Um rascher vorgehen und eingehendere Nachrichten über das jenseits der Grenze vorbereitete Komplott erhalten zu können, entsandte die Polizei den Generalinspektor Lapolla nach Frankreich zu dem ausschließlichen Zweck, in allen ihm bekannten italienischen Kreisen Erkundigungen einzuziehen und sich möglicherweise die Photographie des Scivoli zu beschaffen, damit die italienische Grenzpolizei dessen Einreise leichter verhindern könnte. Zu diesem Zweck war Lapolla genötigt, an Ricciotti Garibaldi heranzutreten, von dem er wußte, daß er mit Scivoli bekannt war. Vor seiner Abreise zeigte Lapolla der französischen Polizei den Paß Scivolis, den er sich zu beschaffen gewußt hatte, um danach die für die italienische Grenzpolizei notwendigen Photographien herzustellen, und gab dadurch den deutlichsten Beweis, daß die ihm überragenen Nachforschungen diesen besonderen Zweck verfolgten. Später traf Lapolla wiederum mit Ricciotti Garibaldi zusammen, um ihm den Paß Scivolis zurückzugeben.

*

Paris, 7. Nov. „Petit Parisien" berichtet: Bei der gestern abend vorgenommenen Konfrontation des wiederholt genannten Scivoli **hat Garibaldi eingestanden, 100 000 Lire erhalten zu haben, um als Agent des italienischen Ministers des Innern in Frankreich zu wirken,** d. h. nicht als „agent provocateur", sondern als Informator des italienischen Innenministers. Scivoli erklärte, er habe nach Italien gehen sollen, um Briefe zu überbringen. Man habe ihn aber getäuscht. Anhänger von Garibaldi sollen ausgesagt haben, daß der Oberst von einem Plan ausländischer Anarchisten, den Schatz der Kirche Notre Dame zu rauben, unterrichtet gewesen sei.

*

Mussolini entschuldigt sich.

)(Paris, 7. Nov. Mussolini hat in seiner Eigenschaft als Außenminister dem französischen Botschafter in Rom eine offizielle Note der italienischen Regierung übermittelt, in der diese ihr **Bedauern über die Zwischenfälle in Tripolis zum Ausdruck bringt.** Disziplinarmaßnahmen seien bereits gegen die Beteiligten ergriffen worden. **Man betrachtet hiermit den Zwischenfall von Tripolis als erledigt.**

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

* Dresden, 8. November. Dem Telunion-Sachsendienst wird aus Berlin berichtet:

In einem Leitartikel der Kreuzzeitung befaßt sich

Graf Westarp

mit den Möglichkeiten, die sich in Sachsen für die kommende Regierungsbildung ergeben. Er stellt zunächst fest, daß die bisherige Mehrheit von 50 zu 46, die aus Volksparteilern, Demokraten und Altsozialisten bestand, zerschlagen ist, und daß diese Parteien mit ihren 21 jetzigen Sitzen, selbst wenn sie um die 14 Sitze der Aufwertungs- und Wirtschaftspartei vermehrt würden, zu einer Großen Koalition der Mitte sich nicht bilden könnten.

Graf Westarp knüpft hieran die Bemerkung, daß man es nicht recht verstehe, wie die Tägliche Rundschau dieses Ergebnis als eine Rechtfertigung der bisherigen Koalitionspolitik der Deutschen Volkspartei anführen könne. Auf ein weiteres Rätselraten über die kommende Regierungsbildung verzichtet Graf Westarp, im weiteren betont er aber, daß die Deutschnationale Volkspartei als stärkste nichtsozialdemokratische Partei nicht darauf verzichten werde. Dies wäre in die Wagschale zu werfen. Schließlich beschäftigt er sich noch mit der Täglichen Rundschau, die in den sächsischen Wahlen ein Vertrauensvotum für die Thoirypolitik zu erblicken glaubt, denn sie hätten den Thoirypparteien eine Mehrheit von Zweidritteln gebracht.

Graf Westarp schreibt dazu: Man stellt der Außenpolitik nicht gerade ein gutes Zeugnis aus, wenn man zu ihrer Rechtfertigung das Ergebnis von Wahlen heranzieht, die mit der Außenpolitik an sich nichts zu tun gehabt haben und die so offensichtlich wie in Sachsen durch wirtschaftliche Sorgen beeinflußt worden sind. Eine Zweidrittelmehrheit für die Thoirypparteien kann man nur erreichen, wenn man die 31 Linkssozialisten hinzuzählt. Formell ist das gewiß berechtigt, da diese in Sachsen die offizielle Sozialdemokratische Partei bilden. Gerade diese sozialistischen Abgeordneten haben aber im vorigen Landtag das Band der Großen Koalition zerschnitten und dadurch den Ausschluß der Altsozialisten herbeigeführt. Sie stehen auf dem ganz radikalen Standpunkt der früheren Unabhängigen. Ob sie jetzt den Anschluß an eine Regierungsgemeinschaft der Mitte finden werden, ist wohl mehr als zweifelhaft. Sollte es geschehen, so werden sie in einer solchen Regierungsgemeinschaft mit ihren 31 Mitgliedern alle anderen Parteien an Stärke weit überragen. Diese, selbst von der Volkspartei über die neu hinzugetretenen Splitterparteien bis zu den Demokraten müßten um des Radikalismus solcher Regierungsgenossen willen alles, aber auch alles verleugnen, was sie grundsätzlich in dem Wahlkampf vertreten haben. Will man wirklich mit der Täglichen Rundschau die sächsischen Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Linkssozialisten einschließlich als eine geschlossene Einheit der Thoiry-Parteien betrachten, so beweist man damit nur das eine, daß die Thoirymehrheit alles andere als regierungsfähig ist.

Erkelenz über die politische Lage.

vdz. Berlin. In einer **Vorstandssitzung** der **deutschen Demokratischen Partei** erstattete am Sonnabend der Vors. Abg. **Erkelenz** einen **Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage.** In letzterer Beziehung behandelte er besonders das Erwerbslosenproblem. Die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften sollten sich bald zum Zwecke einer großzügigen freien Vereinbarung zusammenfinden, um das Verhältnis zwischen Produktivität, Lohn- und Kaufkraft zu regeln. Zur außenpolitischen Lage meinte der Redner, daß die Verhandlungen mit Frankreich offenbar auf dem toten Strang wären. Frankreich könnte die ganze europäische Luft aber wesentlich verbessern, wenn es aus eigenem Entschluß bald das Rheinland räumte. Innerpolitisch bleibe es bedauerlich, daß es anscheinend nicht zur Bildung einer Mehrheitsregierung komme. Möglich sei nur eine Mehrheitsregierung, die in der Außenpolitik kein Unheil anrichte. Der Klärungsprozeß bei den Deutschnationalen sei noch nicht weit genug vorgeschritten. Die Sozialdemokratie habe anscheinend keine Absicht, die Verantwortung mit zu übernehmen. Aussichtslose Versuche zur Bildung einer Mehrheitsregierung solle man gar nicht erst unternehmen. Im Innern beginne, wie die Landtagswahlen in Mecklenburg und Sachsen zeigten, die nationalistische Welle zu zerfließen; bedauerlich sei aber, daß die Wähler des Mittelstandes sich von unfruchtbaren Phrasen der Wirtschaftspartei und des Aufwertungsbundes betören ließen.